



18. Wahlperiode

# HESSISCHER LANDTAG

**Berichts Antrag  
der Fraktion der SPD**

**betreffend Konsequenzen aus dem Wolski-Skandal**

*Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss zu folgendem Gegenstand zu berichten:*

1. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus der Äußerung von Richter Buss im Strafverfahren gegen Michael Wolski, wonach „die Finanzbehörden insgesamt ein unglaubliches Bild abgegeben“ haben und „zumindest in die Nähe der Strafvereitelung gekommen“ seien?
2. Hat die Landesregierung die im Prozess zu Tage gekommenen Defizite der Steuerverwaltung konkret untersucht?
3. Welche Defizite hat sie dabei festgestellt?
4. Welche Ursachen sieht die Landesregierung für diese festgestellten Defizite?
5. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung eingeleitet, um diese Defizite zu beheben?
6. Wie und wann wird sie „organisatorische Unzulänglichkeiten“ und die „mangelnde personelle Ausstattung“ (Zitat Richter Buss) verbessern?
7. Welche Konsequenzen zieht sie aus den von Richter Buss attestierten Defiziten in der Ausbildung der Beamten, die nicht genug über die strafrechtliche Seite ihrer Tätigkeit lernen würden?
8. In seiner Urteilsbegründung sprach der Richter davon, dass die Kammer immer wieder mit dem in Frage 3. angesprochenen Sachverhalt zu tun habe. Damit wird angedeutet, dass die Gerichtsbarkeit in der Vergangenheit schon des Öfteren mit zu geringer Sensibilität der Steuerverwaltung gegenüber einer möglicherweise strafbaren Handlung Steuerpflichtiger konfrontiert war. Welche dieser Fälle sind der Landesregierung bekannt? Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung aus dieser Aussage des Richters?
9. Wie wird sie des Weiteren dafür sorgen, dass künftig die örtliche Zuständigkeit eines Finanzamtes bei der Veranlagung auch eingehalten wird? Sind die rechtlichen Vorschriften unklar und müssen überarbeitet werden? Sind die erlassenen Dienstvorschriften überarbeitungsbedürftig? Fehlt es an Kenntnissen der Steuerbeamten zur Klärung der örtlichen Zuständigkeit?
10. Wie stellt sie sicher, dass künftig bei ausbleibenden Steuererklärungen die Finanzverwaltung in ausreichendem Maße und zeitnah tätig wird?

Wiesbaden, den 30. März 2010/hi  
PA I/18. WP/Haushalt/Parl./Ini./Berichtsanhträge/Konsequenzen Wolski

Für die Fraktion der SPD:  
Der Fraktionsvorsitzende

Thorsten Schäfer-Gümbel